KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

KOM(89) 467 endg.

Brüssel, den 13. Oktober 1989

Empfehlung für einen

BESCHLUSS DES RATES

zur Änderung des Beschlusses 64/300/EWG über die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

---

(von der Kommission vorgelegt)

. Empfehlung für einen

BESCHLUSS DES RATES

zur Änderung des Beschlusses 64/300/EWG über die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

---

DER RAT DER EUROPÄSCHEN GEMEINSCHAFTEN,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 105 Absatz 1 und Artikel 145 erster Gedankenstrich,

auf Empfehlung der Kommission vom.....1989,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung in Madrid am 26. und 27. Juni 1989 beschlossen, dass die erste Stufe der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 beginnt.

Artikel 102 a des Vertrags sowie die Verwirklichung der ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion erfordern eine stärkere Konvergenz der wirtschaftlichen Ergebnisse in Richtung auf nichtinflationäres Wachstum sowie des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts zwischen den Mitgliedstaaten.

Eine stärkere Konvergenz sollte im Hinblick auf das Ziel binnenwirtschaftlicher Preisstabilität, die gleichzeitig eine Vorbedingung für stabile Wechselkurse ist, in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des Europäischen Währungssystems gefördert werden.

Bei der Verwirklichung der ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion kommt es vor allem darauf an, den Binnenmarkt zu vollenden und insbesondere alle Hindernisse auf dem Weg zur finanziellen Integration zu beseitigen, die geldpolitische Koordinierung zu verstärken und die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken in anderen Bereichen ihrer Zuständigkeit zu intensivieren ; dabei sollte erwogen werden, den Zentralbanken mehr Autonomie zu gewähren.

Die Regelungen für die Festlegung der Geldpolitik in einer Wirtschafts- und Währungsunion sollten ein ausreichendes Mass an Autonomie für die Institutionen und eine Verpflichtung auf Preisstabilität, die für den Erfolg der Union unerlässlich ist, vorsehen.

Im Hinblick auf das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion sollten die Aufgaben und Befugnisse des Ausschusses der Präsidenten der Zentralbanken der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft erweitert und verstärkt werden.

BESCHLIESST :

Einziger Artikel

Der Beschluss 64/300/EWG (1) wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 erhält folgende Fassung:

"Artikel 2

Mitglieder des Ausschusses sind die Präsidenten der Zentralbanken der Mitgliedstaaten und der Generaldirektor des Luxemburgischen Währungsinstituts. Im Verhinderungsfall können sie einen anderen Vertreter ihrer Institution benennen.

(1) ABl. Nr. 77 vom 21.5.1964, S. 1206/64

Die Kommission wird in der Regel eingeladen, sich durch eines ihrer Mitglieder in den Sitzungen des Ausschusses vertreten zu lassen.

Ferner kann der Ausschuß, sofern er es für erforderlich hält, qualifizierte Persönlichkeiten, insbesondere den Präsidenten des Währungsausschusses, zur Teilnahme einladen".

2. Nach Artikel 2 wird folgender Artikel 2a eingefügt:

"Artikel 2a

Der Vorsitzende des Ausschusses wird eingeladen, an den Sitzungen des Ministerrates teilzunehmen."

3. Artikel 3 erhält folgende Fassung:

"Artikel 3

Der Ausschuß hat folgende Aufgaben :

1. Konsultationen über die allgemeinen Grundsätze und grossen Linien der Zentralbankpolitik, insbesondere auf dem Gebiet des Kredits, der Geld- und Devisenmärkte einschliesslich, innerhalb ihrer Zuständigkeit, die Stabilität der Finanzinstitute und -märkte berührender Fragen, durchzuführen ;

2. über die wichtigsten Massnahmen, die in die Zuständigkeit der Zentralbanken fallen, regelmässig Informationen auszutauschen und diese Massnahmen zu prüfen. Der Ausschuß ist zu nationalen Entscheidungen über die Ausrichtung der Geldpolitik, wie etwa die jährliche Festlegung nationaler Geld- und Kreditmengenziele, normalerweise im voraus zu hören ;

3. die Koordinierung der Geldpolitik der Mitgliedstaaten im Hinblick auf ein einwandfreies Funktionieren des Europäischen Währungssystems und die Verwirklichung seines Ziels der Währungsstabilität zu fördern ;

4. Stellungnahmen zur generellen Ausrichtung der Geld- und Wechselkurspolitik sowie zu den einschlägigen Massnahmen in den einzelnen Mitgliedstaaten mit dem Ziel abzugeben, eine konvergente, auf Preisstabilität gerichtete Währungspolitik in der Gemeinschaft zu gewährleisten ;

5. Stellungnahmen gegenüber einzelnen Regierungen und dem Ministerrat zu Massnahmen abzugeben, die die innere und äussere monetäre Situation in der Gemeinschaft und insbesondere das Funktionieren des Europäischen Währungssystems beeinflussen können.

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben verfolgt der Ausschuß die Entwicklung der Währungslage innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft.

Der Ausschuß verfasst jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit sowie über die monetäre und finanzielle Situation in der Gemeinschaft. Dieser Bericht wird dem Ministerrat, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat übermittelt.

Der Ausschuß kann seinen Vorsitzenden ermächtigen, das Ergebnis seiner Beratungen der Öffentlichkeit bekanntzugeben."

4. Nach Artikel 3 wird folgender Artikel 3a eingefügt:

"Artikel 3a

Die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter ihrer Institutionen sind, handeln bei ihrer Tätigkeit im Ausschuß in eigener Verantwortung und berücksichtigen dabei die Ziele der Gemeinschaft."

5. Artikel 5 erhält folgende Fassung:

"Artikel 5

Der Ausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung. Er kann Unterausschüsse bilden und ein Sekretariat sowie einen Analysestab einrichten."

Geschehen zu Brüssel am

Im Namen des Rates

ANHANG
(nur zur Information)

ENTWURF EINES KONSOLODIERTEN BESCHLUSSES DES RATES

vom 8. Mai 1964 über die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

(64/300/EWG)

(geändert gemäß Beschluß des Rates ... vom ...)

DER RAT DER EUROPÄSCHEN GEMEINSCHAFTEN,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Art. 105 Abs. 1 und Art. 145 erster Gedankenstrich,

auf Empfehlung der Kommission vom.....1989,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung in Madrid am 26. und 27. Juni 1989 beschlossen, dass die erste Stufe der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 beginnt.

Artikel 102(A) des Vertrags sowie die Verwirklichung der ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion erfordern eine stärkere Konvergenz der wirtschaftlichen Ergebnisse in Richtung auf nichtinflationäres Wachstum sowie des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts zwischen den Mitgliedstaaten.

Die stärkere Konvergenz sollte im Hinblick auf das Ziel binnenwirtschaftlicher Preisstabilität, die gleichzeitig eine Vorbedingung für stabile Wechselkurse ist, in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des Europäischen Währungssystems gefördert werden.

Bei der Verwirklichung der ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion kommt es vor allem darauf an, den Binnenmarkt zu vollenden und insbesondere alle Hindernisse auf dem Weg zur finanziellen Integration zu beseitigen, die geldpolitische Koordinierung zu verstärken und die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken in anderen Bereichen ihrer Zuständigkeit zu intensivieren ; dabei sollte erwogen werden, den Zentralbanken mehr Autonomie zu gewähren.

Die Regelungen für die Festlegung der Geldpolitik in einer Wirtschafts- und Währungsunion sollten ein ausreichendes Mass an Autonomie für die Institutionen und eine Verpflichtung auf Preisstabilität, die für den Erfolg der Union unerlässlich ist, vorsehen.

Im Hinblick auf das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion sollten die Aufgaben und Befugnisse des Ausschusses der Präsidenten der Zentralbanken der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft erweitert und verstärkt werden.

BESCHLIESST :

Artikel 1

Um die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der Mitgliedstaaten zu verstärken, wird ein "Ausschuß der Präsidenten der Zentralbanken der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" - im folgenden "der Ausschuß" genannt - gebildet.

Artikel 2

Mitglieder des Ausschusses sind die Präsidenten der Zentralbanken der Mitgliedstaaten und der Generaldirektor des Luxemburgischen Währungsinstituts. Im Verhinderungsfall können sie einen anderen Vertreter ihrer Institution benennen.

Die Kommission wird in der Regel eingeladen, sich durch eines ihrer Mitglieder in den Sitzungen des Ausschusses vertreten zu lassen.

Ferner kann der Ausschuß, sofern er es für erforderlich hält, qualifizierte Persönlichkeiten, insbesondere den Präsidenten des Währungsausschusses, zur Teilnahme einladen.

Artikel 2a

Der Vorsitzende des Ausschusses wird eingeladen, an den Sitzungen des Ministerrates teilzunehmen.

Artikel 3

Der Ausschuß hat folgende Aufgaben :

1) Konsultationen über die allgemeinen Grundsätze und grossen Linien der Zentralbankpolitik, insbesondere auf dem Gebiet des Kredits, der Geld- und Devisenmärkte einschliesslich, innerhalb ihrer Zuständigkeit, die Stabilität der Finanzinstitute und -märkte berührende Fragen, durchzuführen ;

2) über die wichtigsten Massnahmen, die in die Zuständigkeit der Zentralbanken fallen, regelmässig Informationen auszutauschen und diese Massnahmen zu prüfen. Der Ausschuß ist zu nationalen Entscheidungen über die Ausrichtung der Geldpolitik, wie etwa die jährliche Festlegung nationaler Geld- und Kreditmengenziele, normalerweise im voraus zu hören ;

3) die Koordinierung der Geldpolitik der Mitgliedstaaten im Hinblick auf ein einwandfreies Funktionieren des Europäischen Währungssystems und die Verwirklichung seines Ziels der Währungsstabilität zu fördern ;

4) Stellungnahmen zur generellen Ausrichtung der Geld- und Wechselkurspolitik sowie zu den einschlägigen Massnahmen in den einzelnen Mitgliedstaaten mit dem Ziel abzugeben, eine konvergente, auf Preisstabilität gerichtete Währungspolitik in der Gemeinschaft zu gewährleisten ;

5) Stellungnahmen gegenüber einzelnen Regierungen und dem Ministerrat zu Massnahmen abzugeben, die die innere und äussere monetäre Situation in der Gemeinschaft und insbesondere das Funktionieren des Europäischen Währungssystems beeinflussen können.

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben verfolgt der Ausschuß die Entwicklung der Währungslage innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft.

Der Ausschuß verfasst jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit sowie über die monetäre und finanzielle Situation in der Gemeinschaft. Dieser Bericht wird dem Ministerrat, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat übermittelt.

Der Ausschuß kann seinen Vorsitzenden ermächtigen, das Ergebnis seiner Beratungen der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Artikel 3a

Die Mitglieder des Ausschusses, die die Vertreter ihrer Institutionen sind, handeln bei ihrer Tätigkeit im Ausschuß in eigener Verantwortung und berücksichtigen dabei die Ziele der Gemeinschaft.

Artikel 4

Der Ausschuß tritt in regelmäßigen Zeitabständen zusammen ; er tritt ferner zusammen, sooft es die Lage erfordert. Die Kommission kann um die sofortige Einberufung des Ausschusses ersuchen, wenn ihr dies nach der Lage erforderlich erscheint.

Artikel 5

Der Ausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung. Er kann Unterausschüsse bilden und ein Sekretariat sowie einen Analysestab einrichten.

Geschehen zu Brüssel am 8 Mai 1964

Im Namen des Rates
Der Präsident
H. FAYAT

ISSN 0254-1467

KOM(89) 467 endg.

CB BC 89 030 3AC

DOKUMENTE

DE **18**

Katalognummer : CB-CO-89-423-DE-C

ISBN 92-77-53163-0

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften
L-2985 Luxemburg